

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: KV Gütersloh
Beschlussdatum: 01.10.2018

Änderungsantrag zu EP-F-01

Nach Zeile 379 einfügen:

3.5. Kinderrechte stärken. Kinder Wirksam vor Missbrauch schützen!

Kinderrechte sind Menschenrechte. Kinder bedürfen unseres besonderen Schutzes und unserer Fürsorge, damit sich sie sich altersgerecht entwickeln, zu den Menschen in ihrer Umgebung Vertrauen aufbauen und zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen können. Das Kindeswohl ist bei allen Angelegenheiten, die Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen. Die UN-Kinderrechtskonvention und Artikel 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geben dem hohen Stellenwert der Rechte von Kindern einen rechtlichen Rahmen.

Leider werden in vielen Lebensbereichen die Rechte von Kindern bedroht. Kinderreichtum ist in vielen Ländern immer noch ein Synonym für materielle Armut. Wir wollen die Lebensbedingungen für Kinder EU-weit so verbessern, dass unabhängig vom Einkommen und der Herkunft der Eltern ihre materielle Grundversorgung und ihr Zugang zu Bildung gewährleistet sind.

Gewalt gegen Kinder ist ein Verbrechen, das wirksam bekämpft werden muss.

Gewalt gegen Kinder kann körperlicher, sexueller, psychologischer und vernachlässigender Art sein. Oft spielt sie sich im Verborgenen ab in Räumen, in denen das Kind eigentlich geschützt sein sollte.

Allein in Deutschland, sterben jede Woche zwei Kinder an den Folgen körperlicher Gewalt, so eine Studie des Forschungsinstitut Innocenti von UNICEF. Der Europarat hat in einer Untersuchung ermittelt, dass jedes fünfte Kind in Europa im Laufe seines Lebens Opfer sexueller Gewalt wird.

Die europäische Union muss wirksam darauf hinarbeiten, dass ihre hohen Standards im Bereich Kinderrechte auch von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Einrichtungen der Jugendhilfe müssen in den Mitgliedsstaaten gestärkt, Beratungsangebote ausgebaut und materielle Notlagen abgedeckt werden um die Ursachen von Gewalt gegen Kinder zu bekämpfen.

Institutionen bilden in vielen Fällen einen geschützten Raum in dem Kinder eine besondere Aufmerksamkeit erfahren, sich mit Gleichaltrigen treffen und sich in besonderer Weise der

Entfaltung ihrer Talente widmen können. Leider kann dieser Raum auch einladen, das aufgebaute Vertrauensverhältnis zu Kindern zu missbrauchen und psychische und sexuelle Gewalt an Kindern zu ermöglichen. Gerade die aufgedeckten Vorgänge in der Katholischen Kirche zeigen, dass Staat und Gesellschaft besonders aufmerksam hinschauen müssen, weil Kinder oft nicht in der Lage sind sich gegen Fehlverhalten zu wehren.

Die katholische Kirche darf kein versteckter Raum für Kindesmisshandlung sein.

Die katholische Kirche genießt in vielen Staaten der EU hohe Privilegien. Sie sieht sich als moralische Instanz, die Menschen eine Richtschnur für ihr Leben gibt.

Umso schwerer wiegt es, dass sich gerade dort Verbrechen an Kindern in unvorstellbarem Ausmaß ereigneten und noch ereignen.

Gerade die jüngsten Enthüllungen zeigen, dass es nicht ausreicht dies auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen, sondern dass systemische Faktoren wie das Zölibat und die Machtstrukturen innerhalb der katholischen Kirche eine maßgebliche Rolle spielen, dass es zu einer solchen Häufung von Kindesmissbrauch kommen kann.

Wir fordern den Vatikan auf, die Akten der katholischen Kirche für öffentliche Stellen zu öffnen, damit Verbrechen konsequent aufgedeckt werden und Täter zur Rechenschaft gezogen werden können. Die katholische Kirche muss aktiv die staatlichen Stellen der Jugendhilfe einbinden um Vorkehrungen zu treffen, damit sich Kindesmissbrauch unter dem Deckmantel der Kirche nicht weiter fortsetzen kann.

Die Staatsanwaltschaften werden aufgefordert konsequent zu ermitteln, wo ein Anfangsverdacht auf Verbrechen gegen Kinder besteht, ohne Rücksicht auf die betroffene Institution.

Kinderpornographie im Internet wirksam unterbinden

Kinderpornographie im Internet erlebt weltweit einen Boom. Schätzungen sprechen von 35.000 Anbietern und Foren, die weltweit mit Kinderpornographie Geschäfte machen.

Systematisch werden Kinder gerade in ärmeren Regionen genötigt sich im Internet zur Schau zu stellen oder sexuelle Handlungen über sich ergehen zu lassen. Oftmals sind diese Kinder die Haupteinnahmequelle für die Familie und stehen damit unter enormem Druck.

Wir fordern die EU-Kommission auf, gemäß dem Beschluss des EU-Parlaments vom 14.12.2017 die nationalen Regierungen aufzufordern alles Notwendige tun, um Missbrauchsdarstellungen an der Quelle im Web entfernen zu lassen und konsequent den Zugang zu diesen Angeboten zu unterbinden.

Die Mitgliedsstaaten müssen sich enger verzahnen z.B. durch den Austausch von schwarzen Listen von illegalen Internetseiten und mit Europol und der IT-Industrie zusammenarbeiten, um sexuellen Missbrauch und Ausbeutung von Kindern wirksam zu bekämpfen.

Kinderberatungsdienste sind EU-weit zu fördern. Sie sollten rund um die Uhr verfügbar, vertraulich und kostenlos sein.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Die Stärkung der Rechte von Kindern.
- Den Zugang zu Bildung und die Materielle Grundversorgung für alle Kinder.
- Konsequente Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Kindern
- Die wirksame Unterbindung von Kinderpornographie
- Eine Familienpolitik, die gute Bedingung für ein kinderfreundliches Europa schafft.

Begründung

Das Thema "Kinderrechte stärken. Kinder wirksma vor Missbrauch schützen!" verdient ein eigenes Kapitel.